

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Nr. 1 FAG
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Nr. 2 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
- des Nachtragshaushaltsplanes _____
- der Jahresrechnung _____

am _____

a) Allgemeine Kennziffern

	TDM	DM/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ¹		***
	TDM	DM/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem der Fehlbetrag entstanden ist (ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

1. Grundsteuer A in vom Hundert _____

2. Grundsteuer B in vom Hundert _____

3. Gewerbesteuer in vom Hundert _____

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TDM	DM/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001, 002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und ähnliches	10–15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzaufweisungen	041		
Kreisumlage ²	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

² nur Landratsämter

	Gruppierungs-Nr. laut Gruppierungsplan	TDM	DM/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibung	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970-977 990		

- d) – Stand der allgemeinen Rücklage per 1. Januar des laufenden Jahres _____ DM
 – Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO _____ DM

III. Kosten eines Gutachtens

- a) Kosten des Gutachtens _____ DM
 b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin _____ / _____

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: _____ DM

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ DM
 2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: _____ DM

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: _____ DM

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) – Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt _____ DM
 2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) _____ DM
 3. In Anspruch genommene Fördermittel _____ DM

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von drei Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Antrag
auf Gewährung einer einmaligen Bedarfszuweisung
zur Förderung eines sozialverträglichen Personalabbaus
gemäß § 22 Nr. 3 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Maßnahme (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme; gegebenenfalls auf einem gesonderten Blatt)

--

III. Gesamtkosten

	DM	Gesamtkosten laut Anlage 4, Seite 3 der VwV Bedarfszuweisungen
	DM	davon förderfähig nach tarifrechtlichen Regelungen

IV. Zu den förderfähigen Gesamtkosten wird folgende einmalige Bedarfszuweisung beantragt:

	DM (65 vom Hundert der förderfähigen Gesamtkosten)
--	--

V. Finanzierung der Maßnahme

Zuwendung laut Nummer 4	_____ DM
Beiträge Dritter	_____ DM
Eigenmittel (Nachweis durch Haushaltsplan des vergangenen Haushaltsjahres beziehungsweise Nachtragshaushalt)	_____ DM

VI. Begründung des Antrages

- a) Nachweis des Personalabbaus (Personalstrukturplan des Ausgleichsjahres und des folgenden Jahres)
- b) Erläuterungen

VII. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen und gegebenenfalls weiterer Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Das unter Zahlung der geförderten Abfindung ausscheidende Personal wird nicht innerhalb von sechs Monaten wieder eingestellt beziehungsweise nicht in kommunalen Unternehmen nach §§ 95 bis 97 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21. April 1993 (SächsGVBl. S. 301, 445), in der jeweils geltenden Fassung, oder in kommunalen Zweckverbänden nach §§ 44 bis 57 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), in der jeweils geltenden Fassung, weiterbeschäftigt.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum sozialverträglichen Personalabbau

Name der Gebietskörperschaft _____

Lfd. Nr.	Datum des Auflösungsvertrages (A ¹) beziehungsweise der betriebsbedingten Kündigung(B ¹)			Geburtsjahr	Vergütungsgruppe	Anzahl der Beschäftigungsjahre	Angabe der Beschäftigung Vollzeit (VZ ¹) und Teilzeit (TZ ¹) mit Angabe der Teilzeit	die der Abfindungszahlung zugrundeliegende Monatsvergütung nach dem geltenden Sozialtarifvertrag	tatsächlich gezahlte Abfindung	förderfähige Abfindungszahlung nach dem geltenden Sozialtarifvertrag	Höhe der beantragten Zuweisungen	Prüfungsvermerke der Bewilligungsbehörde
	vom	zum	A/B									
								DM	DM	DM	DM	
Zwischensumme oder Endsumme (nicht zutreffendes bitte streichen)												

¹ Die Art der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und die Beschäftigung (Voll- oder Teilzeit) ist durch die jeweiligen Buchstaben zu kennzeichnen, bei Teilzeit ist die Dauer mit anzugeben.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung
zur Förderung der Einstellung von Anwärtern für den gehobenen allgemeinen
Verwaltungsdienst gemäß § 22 Nr. 4 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

II. Bezeichnung der Studenten (genaue Angaben ergeben sich aus den Unterlagen, die dem Antrag beigelegt sind)

(listenmäßige Aufzählung der Teilnehmer als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
Voraussichtliche Dauer des Studiums vom _____ bis zum _____

III. Höhe des Ausbildungskostenzuschusses (bei mehreren Studenten ergibt sich die listenmäßige Darstellung als Anlage zu diesem Antrag)

<input type="checkbox"/> monatliche Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr
2000/2001 _____ DM
2001/2002 _____ DM
2002/2003 _____ DM
2003/2004 _____ DM

gesamte Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr

2000/2001 _____ DM

2001/2002 _____ DM

2002/2003 _____ DM

2003/2004 _____ DM

beantragter Zuschuss je Student für das Ausbildungsjahr

2000/2001 _____ DM

2001/2002 _____ DM

2002/2003 _____ DM

2003/2004 _____ DM

IV. Erklärung des Antragsstellers

Der Antragsteller hat im Rahmen der Beschäftigungsverhältnisse der unter II. genannten Personen sichergestellt, dass die zum Zwecke der Auszahlung der Zuweisungsbeträge erforderlichen personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben werden dürfen.

Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Hinweis: Es wird auf die Bestimmungen gemäß Abschnitt IV Ziffer 4 Buchst. c der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den _____

Fernsprecher _____

Aktenzeichen _____

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

zur Förderung eines freiwilligen

- Kreiszusammenschlusses gemäß § 22 Nr. 5 FAG
 Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Nr. 5 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Fernsprecher)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 31 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

a) Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes _____
 des Nachtragshaushaltsplanes _____
 der Jahresrechnung _____

am _____

b) Allgemeine Kennziffern

	TDM	TDM
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
	TDM	DM/Einwohner
3. Schuldenstand zum Antragsstichtag		
Kassenkredite zum Antragsstichtag		
4. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

c) Übersicht zum Vermögenshaushalt in dem die beantragte Maßnahme eingeordnet ist

	TDM	TDM
Volumen des Vermögenshaushaltes		
davon: Bauausgaben		
davon: für die beantragte Maßnahme		
davon: Vermögenserwerb		
davon: für die beantragte Maßnahme		

III. Verwendung der Bedarfszuweisung

Zuwendungsbereich	
Bezeichnung der Maßnahme	
Durchführungszeitraum (von – bis)	
Kosten der Maßnahme (laut beiliegender Berechnung)	DM
davon Zuwendungsfähig	DM

VI. Finanzierungsplan für die beantragte Maßnahme (– in DM –)

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit			
	Haushaltsjahr			
	200__	200__	200__	200__
III. 1 Eigenmittel				
III. 2 Leistungen Dritter				
IV. 3 beantragte/bewilligte sonstige öffentliche Zuwendungen				
V. beantragte Zuwendungen gemäß Nummer VI				

V. Folgekosten der Maßnahme (– in DM –)

200__	200__	200__	200__

VI. Höhe der beantragten Zuweisung:

_____ DM

VII. Begründung des Antrages

(gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

VIII. Erklärung des Antragstellers

VIII. 1 Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen.

VIII. 2 Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

VIII. 3 Die in diesem Antrag angegebenen Folgekosten der Maßnahme sind in den mittelfristigen Finanzplan der Gemeinde/Landkreis eingeordnet.

VIII. 4 Folgende Genehmigungen liegen bereits vor:

IX. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Kreis-/Gemeindezusammenschluss
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Kostenberechnung der beantragten Maßnahme(n)

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift